

geortet. Sie hielten es aber nicht für nötig, das Kabinett davon zu informieren.

Unterdessen nutzt die Regierung in Tokio die Gefahr aus Nordkorea, um die eigene Bevölkerung auf den Schulterchluss mit den USA einzuschwören – für den Fall, dass Washington seinen Feldzug gegen den Irak beginnt. Nach jüngsten Umfragen lehnen die Japaner einen Krieg gegen den Irak mehrheitlich ab. Doch gegen die Bedrohung durch Nordkorea, so argumentieren führende Politiker der regierenden Liberaldemokratischen Partei, könne sich Japan einzig auf die USA verlassen. Folglich müsse Tokio der Schutzmacht unverbrüchliche Treue demonstrieren.



Diktator Kim

Anschlägen werden die berüchtigten „Círculos Bolivarianos“ vermutet, radikale Chávez-Anhänger, welche die Opposition einschüchtern wollen.

Nachdem der Generalstreik, mit dem der zusehends unpopuläre Chávez gestürzt werden sollte, nach 63 Tagen zusammengebrochen war, gehen Regierung und ihre Unterstützerguppen in die Offensive. Vorvergangene Woche war der Präsident des Unternehmerverbands Fedecámaras, Carlos Fernández, verhaftet worden. Der ebenfalls am Streik beteiligte Chef des Gewerkschaftsverbands CVT, Carlos Ortega, tauchte unter, um sich der Verhaftung zu entziehen – zuvor waren drei Dissidenten-Soldaten, die auf dem Altamiraplatz in Caracas gegen Chávez demonstrierten, ermordet worden. „Es sieht so aus, als wolle Chávez mit Riesenschritten sein autoritäres Regime ausbauen“, so ein Diplomat. Ein verschärftes Radio- und Fernsehgesetz soll ebenso dazu dienen wie eine bereits gültige neue Devisenbestimmung, die es regierungskritischen Geschäftsleuten fast unmöglich macht, Dollar zu kaufen. Der private Sektor, bestätigten Unternehmer, werde „regelrecht ausgetrocknet“.

ARMENIEN

Drohung mit dem Militär

Vor dem zweiten Gang zur Präsidentschaftswahl am kommenden Mittwoch macht sich Nervosität in der Führungsrunde der Kaukasusrepublik breit. Er werde „mit aller Härte reagieren“, wenn die Opposition weiter die öffentliche Ordnung störe, warnte Präsident Robert Kotscharjan die Anhänger des Rivalen Stepan Demirtschjan. Sein Verteidigungsminister, der praktisch der Wahlstab des Staatsoberhauptes leitet, drohte sogar mit dem Einsatz der Armee – „wenn der armenische Staat zerfällt und die Staatsgrenzen bedroht werden“, würden die Streitkräfte nicht passiv bleiben. Grund für die Spannungen sind die seit dem ersten Wahlgang anhaltenden Demonstrationen der Opposition. Die auch von westlichen Beobachtern kritisierte Abstimmung vom 19. Februar hatte fast im Chaos geendet: Nachdem das Staatsfernsehen bereits 51 Prozent für den „Sieger“ Kotscharjan vermeldete, beschwerten sich Zehntausende auf der Straße über Unregelmäßigkeiten – viele Protestler landeten im Gefängnis, aber das Ergebnis wurde auf 49,4 Prozent korrigiert. Demirtschjan soll 28,2 Prozent erreicht haben.

Der „Volkspartei“-Führer ist der Sohn des 1999 mit sieben weiteren Politikern vor laufenden Kameras ermordeten Parlamentspräsidenten, und der wiederum war bei der letzten Wahl Kotscharjans hart-



Protest gegen Wahlfälschungen in Eriwan

näckigster Konkurrent. Eine erneute innenpolitische Krise könnte die Führung des isolierten und verarmten Armenien ins Straucheln bringen. Die Beziehungen mit dem Nachbarn Georgien sind schlecht, die Grenzen zum Erzfeind Türkei geschlossen, mit Aserbaidschan befindet sich die Republik noch immer im Kriegszustand. Auch für Russland steht viel auf dem Spiel: Armenien ist

der einzige Staat an der südlichen Kaukasusflanke, der mit Moskau militärisch noch zusammenarbeitet. Die Beziehungen hätten sich in letzter Zeit sogar „weiter vertieft“, beteuerte Präsident Kotscharjan gegenüber dem SPIEGEL; die Russen dankten ihm diese Treue mit einem Persilschein: Die Wahl sei bisher völlig korrekt verlaufen.

NORDIRLAND

Versöhnung mit den Terroristen

Während der britische Premier Tony Blair auf dem internationalen Parquet den Krieg gegen den islamischen Terrorismus predigt, verfolgt er im heimischen Nordirland eine alternative Strategie. Um die Unruheprovinz endgültig zu befrieden, will er die Präsenz der britischen Armee von derzeit 14 500 Mann in den nächsten drei Jahren um mindestens 5000 Soldaten verringern und wegen Terroraktionen gesuchte Kader der Irish Republican Army (IRA) juristisch nicht mehr belangen lassen. Im Gegenzug soll die IRA „sämtliche terroristischen Aktivitäten einstellen“ und den Großteil ihrer Waffenarsenale vernichten.

Auf diese Weise will der britische Premier den entscheidenden Durchbruch im Friedensprozess erzielen, der vergangenen Oktober mit der Suspendierung der nordirischen Selbstverwaltung ins Stocken kam. Während sich die unbelehrbaren Hardliner des Bürgerkriegs zwischen katholischen Republikanern und protestantischen Unionisten gegen die Demilitarisierung sträuben, stehen die moderaten Wortführer beider Seiten – Gerry Adams und David Trimble – kurz vor einer Einigung. Blair und sein irischer Kollege, Premierminister Bertie Ahern, wollen den historischen Kompromiss am Rosenmontag bei einem Besuch in Belfast besiegen.